

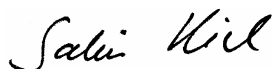
Liebe KollegInnen,

Nun ist es soweit: Hier sind die ersten »**Hochschul-News der GEW Niedersachsen**«, um künftig rund um die Hochschulpolitik in und um Niedersachsen zu informieren.

Ich hoffe, dass euch diese Hochschul-News gefallen; Kritik, Anregungen und Infos sind natürlich erwünscht. Am besten elektronisch an: [s.kiel@gew-nds.de](mailto:s.kiel@gew-nds.de).

Gern könnt ihr die GEW-Hochschul-News an Interessierte weitergeben.

Mit besten Grüßen



Sabine Kiel

Stv. Landesvorsitzende

---

---

## Aktuell

DGB unterstützt studentischen Protest gegen Studiengebühren Gewerkschafter fordern mehr Geld für Hochschulen

(04.12.2006) Der DGB unterstützt Studentinnen und Studenten bei ihrer Forderung, keine Studiengebühren zu erheben. Das machte der Hochschulpolitische Arbeitskreis des niedersächsischen DGB in einer Diskussion mit Studierenden, Landtagsabgeordneten und Vertretern des Wissenschaftsministeriums im Rahmen seiner diesjährigen Jahrestagung am 1. Dezember 2006 deutlich. Durch die Einführung von Studiengebühren würden neue Barrieren beim Hochschulzugang geschaffen, die sozial ungerecht und bildungspolitisch kontraproduktiv seien, stellten die GewerkschafterInnen fest. DGB-Landesvorsitzender Hartmut Tölle sagte: „Die Erhebung von allgemeinen Studienbeiträgen von 500 Euro pro Semester ab dem Sommersemester 2007 macht das Studium für viele zu einem finanziellen Risiko. Angesichts drohender Schuldenberge werden vor allem Jugendliche aus einkommensschwachen Familien vor einem Studium zurückschrecken.“ Der DGB fordert daher ein chancengleiches Bildungssystem, das auch künftigen Generationen ein Studium ermöglicht und zwar unabhängig von der eigenen finanziellen Lage. Die Gewerkschafter appellierten an die Landesregierung, die Studienbeiträge von 500 Euro zurückzunehmen. „Trotz steigender Anzahl von Hochschulberechtigten - bundesweit wie in Niedersachsen - zeigen die jüngsten Zahlen des statischen Landes- und Bundesamts, dass immer weniger Jugendliche ein Studium beginnen“, so Hartmut Tölle, Vorsitzender des DGB Niedersachsen. „Es ist zu befürchten, dass immer mehr Hochschulberechtigte auf den Ausbildungsmarkt ausweichen und dort Haupt- und RealschülerInnen verdrängen.“ Um den Anteil der Studienanfängerquote in Niedersachsen deutlich zu erhöhen, müsse die Landesregierung größere Anstrengungen beim Ausbau der Hochschulkapazitäten unternehmen, waren sich die Tagungsteilnehmer einig.

Nach den Vorstellungen der Landesregierung sollen 1.000 neue Studienplätze an den niedersächsischen Hochschulen ab 2007 zur Verfügung gestellt werden. „Seit 2003 wurden rund 5.000 Studienplätze in Niedersachsen durch das Hochschuloptimierungsprogramm radikal abgebaut. 1.000 neue Plätze sind angesichts dieser Zahlen nur ein Tropfen auf dem heißen Stein“, sagte Hartmut Tölle, Vorsitzender des DGB in Niedersachsen. Bislang wandern etwa 25.000 Hochschulberechtigte aus Niedersachsen jährlich in andere Bundesländer ab.

„Niedersachsen muss mehr in seine Hochschulen investieren“, so Tölle. „Zur Schaffung von neuen Studien-

plätzen gehört neben einer besseren Betreuung auch die Verbesserung der Infrastruktur und zwar im sozial-kulturellen wie baulichen Bereich.“ ([www.niedersachsen.dgb.de](http://www.niedersachsen.dgb.de))

---

## Studiengebühren

Unter [http://www.wiki.bildung-schadet-nicht.de/index.php/Boycott: Wer ist dabei](http://www.wiki.bildung-schadet-nicht.de/index.php/Boycott:_Wer_ist_dabei) gibt es eine Zusammenstellung der Studierendenschaften, die einen Studiengebührenboykott planen. Weitere Infos sind unter: <http://www.wiki.bildung-schadet-nicht.de/index.php/>

In Spiegel-Online gibt es auch eine interessante Übersicht:  
<http://www.spiegel.de/unispiegel/studium/0,1518,452061,00.html>

---

## Studienkapazitäten

PM ((20.11.2006) Hochschulpakt 2020

Stratmann: Verhandlungen zum Hochschulpakt für Niedersachsen erfolgreich abgeschlossen

Von den bis 2010 im Rahmen des Hochschulpakts zu schaffenden zusätzlichen Studienanfängerplätzen entfallen gut 11.000 Studienanfängerplätze auf Niedersachsen. Dazu werden Mittel des Bundes zur Verfügung stehen, deren Gegenfinanzierung von den niedersächsischen Koalitionsfraktionen in der vergangenen Woche beschlossen wurde. „Wir werden deshalb im Jahr 2007 mit bereits etwa 1.000 zusätzlichen Anfängerplätzen beginnen können“, erklärte der Niedersächsische Minister für Wissenschaft und Kultur Lutz Stratmann nach Abschluss der Verhandlungen am (heutigen) Montag in Berlin.

„Wir haben Wort gehalten und für Niedersachsen ein sehr gutes Ergebnis erzielt. Alle Unkenrufe der vergangenen Wochen zu den noch laufenden Verhandlungen haben sich damit als gegenstandslos erwiesen,“ so der Wissenschaftsminister weiter.

Die Wissenschaftsminister der Länder hatten sich heute in der Bund-Länder-Kommission (BLK) für Bildungsplanung und Forschungsförderung mit Bundesministerin Schavan darauf verständigt, zur Sicherung der Zukunftschancen der jungen Generation bundesweit zunächst bis zum Jahr 2010 rund 90.000 zusätzliche Studienanfängerplätze zu schaffen.

Von den vom Bund bis 2010 zugesagten Mitteln in Höhe von 565 Millionen Euro werden angesichts der besonderen demographischen Entwicklung 15 Prozent vorab an die Länder Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen, 3,5 Prozent an die Stadtstaaten Bremen und Hamburg und 4 Prozent an Berlin vergeben. Die restlichen Mittel werden an die westdeutschen Länder zunächst nach dem Königsteiner Schlüssel aufgeteilt. Über die geschaffenen neuen Studienplätze sind die Bundesmittel ab 2009 abzurechnen.

Der Vorschlag der BLK wird jetzt den Regierungschefs des Bundes und der Länder zugeleitet, die darüber am 13. Dezember 2006 entscheiden wollen.

---

## Hochschulgesetz

Der Landtag hat in seinem Novemberplenar das Hochschulgesetz verabschiedet. Die aktuelle Fassung ist unter: [http://www.mwk.niedersachsen.de/master/C437741\\_N6957\\_L20\\_D0\\_I731.html](http://www.mwk.niedersachsen.de/master/C437741_N6957_L20_D0_I731.html)

---

## Dienst- und Tarifrecht

Im Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung des Deutschen Bundestages fand am 29.11.2006 eine öffentliche Anhörung zum **Wissenschaftszeitvertragsgesetz** statt. Neben dem Gesetzentwurf der Bundesregierung, wo bei befristeten Arbeitsverträgen an Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen künftig mehr Rechtssicherheit und Transparenz sein soll (Drs. 16/3438), stand auch ein Antrag der FDP-Fraktion »Wissenschaftssystem zukunftsfähig gestalten - wissenschaftsadäquate Arbeitsbedingungen schaffen« zur Diskussion, der wieder einmal einen Wissenschaftstarifvertrag fordert. Die Bundesregierung will mit ihrem Gesetz eine **Befristung von Arbeitsverträgen** dann möglich machen, wenn die Beschäftigung überwiegend aus Drittmitteln finanziert wird, die Finanzierung für eine bestimmte Aufgabe und Zeitdauer bewilligt wurde und die Mitarbeiter „überwiegend der Zweckbestimmung dieser Mittel entsprechend“ beschäftigt werden.

Der Vizepräsident der Hochschulrektorenkonferenz Klaus Dicke begrüßte den Entwurf und bat darum, die Vorschläge "schnellstmöglich" zu verabschieden. Bislang gebe es noch keine genügende Rechtssicherheit beim Abschluss befristeter Arbeitsverträge für Beschäftigten auf Drittmittelbasis - das Hochschulrahmengesetz regle bislang nur die Qualifizierungsphase. Der vorgelegte Gesetzentwurf schließe diese Lücke.

---

Ohne deren Schließung müssten nach Ablauf einer Übergangsfrist ab Februar 2008 viele hoch qualifizierte Wissenschaftler ihre Hochschulkarriere "vorzeitig beenden", denn drittmittelfinanzierte Forschungsprojekte hätten in der Wissenschaft eine "herausragende Bedeutung". In seiner Stellungnahme verwies Dicke darauf, dass die Gesetzesvorlage die mehrfache Beschäftigung in Drittmittelprojekten ermögliche: Damit sei "im Prinzip" die von der Hochschulrektorenkonferenz geforderte "lebenslange Wissenschaftskarriere mit Drittmitteln" möglich. Auch Michael Hartmer, Vertreter des Deutschen Hochschulverbands, betonte, aus Sicht der Betroffenen sei der vorgelegte Gesetzentwurf "uneingeschränkt und nachhaltig zu begrüßen". Die Möglichkeit, auch jenseits der Zwölfjahres-Höchstbefristungsdauer eine weitere befristete Anstellung zu ermöglichen, entspreche einer "langjährigen Forderung" des Deutschen Hochschulverbandes. Wedig von Heyen vom Wissenschaftsrat begrüßte ebenfalls, dass für Wissenschaftler auch nach ihrer Qualifizierungsphase eine "vernünftige Perspektive" geschaffen worden sei. Als man 2002 die Befristungsregelung getroffen habe, habe man nicht bedacht, was nach diesen zwölf Jahren passieren solle. Von den etwa 115.000 deutschen wissenschaftlichen Mitarbeitern seien rund 32.000 zwischen 35 und 49 Jahren alt, die nach der Promotion eine Perspektive benötigten. Der Gesetzentwurf sei zwar "nicht die Lösung aller Probleme" und mache die wissenschaftliche Karriere auch nicht "aus sich heraus besonders attraktiv", er verhindere aber "dass sie definitiv unattraktiv wird". Auch die geplante Einbeziehung des nichtwissenschaftlichen Personals in die angestrebte Regelung sei zu begrüßen, denn ein solches Vorgehen orientiere sich an den "dringenden Bedürfnissen des Forschungsprozesses an Hochschulen", der größtenteils im Team erfolge. Von Heyen wies nachdrücklich darauf hin, dass keine "noch so gute gesetzliche Regelung des Arbeitsrechts" eine systematische und verlässliche Personalplanung ersetzen könne. Auf Kritik stieß der Gesetzentwurf bei Claudia Kleinwächter, der Vertreterin der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft. Obwohl der Entwurf Positives enthalte, bleibe die Regierung damit "hinter ihren Möglichkeiten zurück". Eine längere Verweildauer der Wissenschaftler an den Hochschulen werde "im Einzelfall keineswegs erreicht": Der Entwurf schaffe Rechtssicherheit nur für die Einrichtungen, das Beschäftigungsrisiko werde "einseitig" den Beschäftigten auferlegt, weil es mit dem Ende der Drittmittelfinanzierung möglich sei, ganze Teams schnell und unbürokratisch abzuwickeln. Der Entwurf sei "kein geeignetes Instrument", um die Beschäftigungsbedingungen im Wissenschaftsbereich attraktiver zu machen - die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft könne ihm daher nicht zustimmen. Der Vertreter der Fraunhofer-Gesellschaft, Michael Scheifele, begrüßte den Entwurf zwar grundsätzlich, empfahl aber, Einrichtungen wie die Fraunhofer-Gesellschaft, die aufgrund des hohen Aufkommens von Drittmitteln nicht zwischen Grund- und Drittmittelpersonal unterschieden, von der Regelung auszunehmen.

Gemeinsam mit Ver.di und GEW hat der DGB Niedersachsen eine Stellungnahme zur »**Verordnung über Lehrverpflichtung an Hochschulen (LVVO)**« vorgelegt, die vor allem die geplante Erhöhung der Regellehrverpflichtung für Lehrkräfte für besondere Aufgaben kritisiert. ([www.gew-nds.de](http://www.gew-nds.de))

---

## Lehramtsausbildung

Unter <http://www.spiegel.de/schulspiegel/wissen/0,1518,452422,00.html> äußert sich der GEW-Bundesvorsitzende zur Reform der Lehramtsausbildung.

---

## Studienreform

Im Links-Netz ([http://www.links-netz.de/rubriken/R\\_bildung.html](http://www.links-netz.de/rubriken/R_bildung.html)) gibt es zwei interessante Artikel von Heinz Steinert, »Notizen zur Rationalisierung der Universität (I) und (II)«, die sich mit der aktuellen Situation an den Hochschulen beschäftigen.

---

## Hochschulfinanzierung

Unter [http://www.bdi-online.de/de/fachabteilungen/start\\_technologie\\_innovation.htm](http://www.bdi-online.de/de/fachabteilungen/start_technologie_innovation.htm) wurde Anfang Dezember 2006 ein Gutachten des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln im Auftrag des BDI zur »**Nachfrageorientierten Hochschulfinanzierung**« vorgestellt.

## Bildungsforschung

Unter <http://www.bildungsbericht.de> gibt es zum einem die Ergebnisse des ersten Berichts »Bildung in Deutschland« von der KMK und BMBF vom Sommer 2006 sowie die Dokumentation zum Expertenworkshop »Übergänge« vom 4.12.2006

---

## Frauen und Wissenschaft

Mit neuen Daten und Statistiken erhellt der jetzt erschienene »**GEW-GenderReport 2006**« ([http://www.gew.de/GenderReport\\_2006.html](http://www.gew.de/GenderReport_2006.html)) gleichstellungs-, bildungs- und beschäftigungspolitische Zusammenhänge. Der Report - seit den 1990er-Jahren regelmäßig vom GEW-Vorstandsbereich Frauenpolitik herausgegeben - gibt Auskunft über Bildungsbeteiligung und Beschäftigungssituation in Schule, Berufsausbildung, Studium und Weiterbildung.

---

## Forschung

Wer sich mehr über das **7. Forschungsrahmenprogramm der Europäischen Union** informieren möchte, sei auf eine neue Broschüre der Kommission mit dem Titel »Die Antworten von Morgen beginnen schon heute« unter <http://ec.europa.eu/research/fp7/understanding/index.html> verwiesen.

Am 6.12.2006 hat das Bundeskabinett den »**Bundesbericht Forschung 2006**« verabschiedet, der eine umfassende und aktuelle Übersicht zu Stand und Entwicklung der Forschung in Deutschland gibt. ([www.bmbf.de/pub/bufo2006.pdf](http://www.bmbf.de/pub/bufo2006.pdf))

Der Bundesbericht Forschung, den es bereits seit 1965 gibt, erscheint zum letzten Mal, da künftig eine international besetzte, unabhängige Expertenkommission »Forschung und Innovation« die Bundesregierung kontinuierlich wissenschaftlich beraten und von 2008 an alle zwei Jahre Gutachten zu Forschung und Innovation vorlegen wird. Die Bundesregierung wird ergänzend einen Bundesbericht herausgeben, der umfassend über die Forschungs- und Innovationspolitik der Bundesregierung, der Länder und der EU informiert.

---

## Wissengesellschaft

Am 30. Oktober diskutierte die Heinrich-Böll-Stiftung auf der Konferenz hochschule@zukunft 2030, wie werden die Hochschulen im Jahr 2030 aussehen? Was heute getan werden kann, um die Weichen richtig zu stellen. Die Konferenz in Leipzig präsentierte die Ergebnisse einer bundesweiten Delphibefragung zur Zukunft des Hochschulsystems und diskutiert über Schlussfolgerungen. Die Beiträge sowie die Ergebnisse der Studie sind unter [www.boell.de/hochschulkonferenz](http://www.boell.de/hochschulkonferenz).

---

## GEW-Intern

Am 10.11.2006 hat der Hauptvorstand der GEW **Dr. Andreas Keller** zum Mitglied des Geschäftsführenden Vorstands – für den Organisationsbereich Hochschule und Forschung – gewählt. Andreas Keller tritt ab Januar die Nachfolge von Gerd Köhler, der aus gesundheitlichen Gründen ausgeschieden war, an.

Zum 1. Januar 2007 wird das **neue Elterngeld** eingeführt. Dazu gibt es nun druckfrisch eine GEW-Broschüre ([http://www.gew.de/Elterngeld-Broschuere\\_der\\_GEW\\_erschienen.html](http://www.gew.de/Elterngeld-Broschuere_der_GEW_erschienen.html)) mit vielen Hinweisen, Tipps und Ratschlägen.

---

## GEW-Termine

Das **Referat Ausbildung, Fortbildung, Hochschulen und Forschung (AFHF)** vom Landesverband der GEW trifft sich an folgenden Terminen: 02.02.2007, 13.04.2007, 08.06.2007, 14.09.2007 und 09.11.2007 von 14 bis 17 Uhr in der Landesgeschäftsstelle. Wer mehr wissen will, wendet sich an den Referatsleiter Rolf Heidenreich ([rolf.heidenreich@seminar-std-Ghrs.niedersachsen.de](mailto:rolf.heidenreich@seminar-std-Ghrs.niedersachsen.de)).

Der **GEW-Landesausschuss von Studenten und Studentinnen (LASS)** trifft sich im Januar 2007 zur Mitgliederversammlung. Informationen etc. gibt es beim Sprecher Holger Schmidt ([hschmidtos@web.de](mailto:hschmidtos@web.de)).

---